



Ganz woanders - Umzug der Fraktionen

Die CDU-Landtagsfraktion bezieht gemeinsam mit den anderen drei Fraktionen vorübergehend ein neues Domizil. Aufgrund der Sanierungsarbeiten des Landtags-Gebäudes sind wir ab dem 14. Januar 2013 für ungefähr ein Jahr in der Olvenstedter Straße 4 zu finden. **Unsere Geschäftsadresse bleibt jedoch weiterhin Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg.** Die Landtagssitzungen werden soweit wie möglich weiterhin im Plenarsaal am Domplatz abgehalten. Aufgrund des Umzugs-Termins findet im Januar keine Landtagssitzung statt, dafür gibt es im Februar drei Sitzungstage. Weitere Informationen stehen zu gegebener Zeit auf unserer neuen Fraktions-Homepage unter www.cdufraktion.de zur Verfügung.

Kinderförderungsgesetz



Peter Rotter

Rotter: Neues KiföG ist ein gelungenes, durchdachtes und gutes Gesetz mit substantiellen Verbesserungen für Kinder, Eltern und Erzieherinnen

Nach zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen im parlamentarischen Verfahren kann das neue Kinderförderungsgesetz auf den Weg gebracht werden.

Dazu erklärte **Peter Rotter**, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU-Landtagsfraktion: „Das neue Kinderförderungsgesetz ist ein gelungenes, durchdachtes und gutes Gesetz. Sachsen-Anhalt wird damit eine sehr gute Kinderbetreuung bekommen. Das neue Kinderförderungsgesetz ist ein substantieller Fortschritt, den seriöserweise auch die Fraktion der Linken anerkennen müsste.“

Das neue Kinderförderungsgesetz hat **sechs klare Inhalte:**

Erstens: Ab dem 1. August 2013 wird ein Ganztagsanspruch von bis zu zehn Stunden für alle Kinder eingeführt.

Zweitens: Mehrkind-Familien werden entlastet.

Drittens: Die Bedingungen für die Kinder und die Erzieherinnen werden spürbar verbessert. (Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12,5, statt derzeit 1:14,625, bei den 3-6-jährigen beginnend ab August 2013; und auf 1:5,55, statt derzeit 1:6,666, bei den 0-3-jährigen ab August 2015).

Viertens: Die Bildungsqualität wird verbessert. Das Bildungsprogramm „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ ist in Zukunft die verbindliche Grundlage für die frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten

Fünftens: Das Land gibt 53 Mio. Euro mehr als bisher für die Verbesserung der Kinderbetreuung aus.

Sechstens: Durch die Änderung der Finanzierung gibt es mehr Transparenz bei den Kosten der Kinderbetreuung. Das ist wichtig, weil in Sachsen-Anhalt jedes Jahr ca. 500 Mio. Euro für die Kinderbetreuung ausgegeben werden. Wir wissen aber nicht immer, wohin das Geld fließt. Das ist weder gut für die Kinder, noch für die Eltern, noch für die Kommunen und auch nicht für die öffentlichen Kassen. Die Regelung, die wir jetzt anstreben, gab es in Sachsen-Anhalt bis 2003 schon einmal. Da hat sie sehr gut funktioniert und das wird sie auch in Zukunft. Dabei bleiben die Gemeinden natürlich weiter mit verantwortlich für die Kitas. Sie bleiben weiter mit im Boot. Am Ende wird sich das in der Praxis mit Sicherheit vernünftig einspielen.

Unser Fazit lautet: Die Novellierung des Kinderförderungsgesetz ist gelungen. Das lassen wir uns von niemandem schlechttreden. Auch wenn es durch die lange und intensive Diskussion mittlerweile fast selbstverständlich zu sein scheint, ist eines festzuhalten: Das neue Gesetz schafft wesentliche Verbesserungen für Kinder, Eltern und Erzieherinnen.“ (Magdeburg, 28. November 2012)

Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern am 20. und 21. November in Goslar



Jens Kolze

Kolze: Sicher leben in Deutschland oberstes Gebot

Zu der am heutigen Tage beginnenden Konferenz der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern in Goslar erklärt Jens Kolze, Vorsitzender der Konferenz und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt: „Die regelmäßige Zusammenkunft

der innenpolitischen Sprecher von CDU/CSU in Bund und Ländern dient der Beratung der aktuellen innenpolitischen Lage. Traditionell schließt die Konferenz mit einer gemeinsamen Erklärung der innenpolitischen Sprecher ab, welche am morgigen Tag beschlossen und veröffentlicht wird. Unter dem Leitthema ‚Sicher leben in Deutschland‘ finden folgende Punkte Einzug in die Goslarer Erklärung:

1. Verfassungsschutz – Aufklärung und Modernisierung, keine Skandalisierung
2. Gegen Extremismus – für Toleranz und Weltoffenheit!
3. Stärkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
4. Neues Bleiberecht nur bei nachhaltiger Integration
5. Herausforderung Cyberkriminalität
6. Keine Vollharmonisierung des Datenschutzes im Bereich der Polizei und Justiz.“

Anmerkung: Die Goslarer Erklärung wird nach ihrer Verabschiedung am 21. November 2012 an alle Medienvertreter und Pressestellen versendet. (Magdeburg, 20. November)

Lohnuntergrenzen marktwirtschaftlich organisieren



André Schröder

Schröder: Wir wollen die Tarifpartner stärken

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, **André Schröder**, hat sich erneut für eine Stärkung der Tarifpartner ausgesprochen. Gleichzeitig wies er Kritik der Linken an der Landesregierung im Hinblick auf die Thüringer Initiative zu Lohnuntergrenzen zurück. Streitpunkt sei nicht das Ob einer Lohnuntergrenze, sondern das Wie! „Die CDU steht und stand immer für die Stärkung der Tarifpartnerschaft. Die soziale Marktwirtschaft ist ein weltweites Erfolgsmodell, das vor allem auf dem Interessenausgleich von Arbeitnehmern und Arbeitgebern beruht. Diesen Interessenausgleich gilt es weiter zu befördern. Wir wollen, dass jene über Lohnhöhen verhandeln, die auch die Situation in den jeweiligen Branchen kennen. Es darf nicht der Politik überlassen werden, willkürlich über Lohnhöhen zu entscheiden, die nicht der Leistungsfähigkeit der Branchen entsprechen“, so Schröder. DIE LINKE fordere jetzt 8,50 Euro und bereitete auf einem Landesparteitag bereits höhere Forderungen vor. „Die Thüringer Bundesratsinitiative hat wieder Schwung in die Debatte gebracht. Wo es vor Ort keine Tarifbindung gibt, soll eine Tarifkommission in Berlin künftig entsprechende Lohnuntergrenzen definieren. Ich hoffe, dass die jetzige Koalition auf Bundesebene die Kraft hat, das Thema endlich abzuarbeiten.“

(Magdeburg, 29. Oktober)



CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Herausgeber: André Schröder, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028 E-Mail: presse@cdufraktion.de www.cdufraktion.de

Dezember 2012

Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Advent, Advent im Parlament



André Schröder
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Liebe Leserinnen und Leser,

ein erfolgreiches Jahr 2012 im Landtag von Sachsen-Anhalt geht zu Ende. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich als starke politische Kraft behauptet und viele eigene Akzente gesetzt, wie Sie über das Jahr hinweg in unseren Einblicken verfolgen konnten.

Das Schulgesetz, das Finanzausgleichsgesetz, das Rettungsdienstgesetz, das Vergabegesetz, das Sportförderungsgesetz und das Kinderförderungsgesetz sind nur einige parlamentarische Vorhaben aus diesem Jahr, die deutlich unsere Handschrift tragen.

Natürlich verfolgen unsere Parlamentarier eine verlässliche und engagierte Arbeit auch im neuen Jahr. Erstmals werden wir im Haushaltsjahr 2013 alte Schulden abtragen können. Lassen Sie uns das Weihnachtsfest dazu nutzen, um Kraft für neue Herausforderungen und Aufgaben zu sammeln und den Weg besinnlich in ein ereignisreiches, kommendes Jahr zu gehen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben ein frohes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Rutsch ins Jahr 2013!

Ihr André Schröder

Fraktion vor Ort:



18.10.2012: Besuchergruppe bei Markus Kurze im Landtag



07.11.2012: Besuch des Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Thüringen



15.11.2012: Rede von Jens Kolze zur Landtagssitzung



16.11.2012: Ausstellungseröffnung Malgruppe Regenbogen



20.11.2012: Innenpolitische Sprechertagung in Goslar



21.11.2012: Angela Gorr im Waldkindergarten Elend zum bundesweiten Vorlesetag



26.11.2012: Unsere neue Internetseite www.cdufraktion.de

Ganz vorn dabei - Die 14. Schulgesetznovelle

„Die im November verabschiedete 14. Schulgesetznovelle hat einen ausführlichen Beratungsgang in den Gremien des Landtages hinter sich. Dabei wurde bis zuletzt engagiert an jeder Formulierung gefeilt. Im Ergebnis der Beratungen können wir als CDU-Fraktion sehr zufrieden sein. In den für uns wichtigen Punkten konnten wir uns mit unseren Formulierungsvorschlägen durchsetzen“, so Hardy Peter Güssau, unser bildungspolitischer Sprecher.

Das zentrale Anliegen der Novelle – die Einführung der Gemeinschaftsschule – wurde nun inhaltlich weitestgehend nach unseren Vorstellungen konzipiert. Uns war es von Beginn an wichtig, dass Gemeinschaftsschulen gegenüber den existierenden Schulformen des gegliederten Schulwesens nicht bevorteilt, aber auch nicht benachteiligt werden sollen.

Unsere Fraktion hat erreicht, dass

- Passagen auf Einführung einer sogenannten Basis- und Profilstufe in der Gemeinschaftsschule verhindert wurden,
- Gemeinschaftsschulen in der Regel die Klassenstufen fünf bis zehn führen,

- die Ausnahme der Führung der Klassenstufe bis zwölf nur möglich ist, wenn die Gemeinschaftsschulen über eine eigenständige Oberstufe verfügen oder wenn sie diese in Kooperation mit einer anderen Schule anbieten können,
- Ausnahmen von der Regel des Abiturs nach zwölf Schuljahren nur bei Umwandlung einer Integrierten Gesamtschule (IGS), bei Umwandlung eines Fachgymnasiums, bei Kooperation mit einem Fachgymnasium oder mit ausdrücklicher Zustimmung des Landeskabinetts im Einzelfall zugelassen werden,
- Eltern bei der Schulwahl die Möglichkeit behalten, ihr Kind auf ein Gymnasium im Schuleinzugsbereich einer Gemeinschaftsschule zu schicken,
- die Kosten der Schülerbeförderung bis zum nächstgelegenen Gymnasium beziehungsweise bis zur nächstgelegenen Sekundarschule den Eltern beziehungsweise den Erziehungsberechtigten erstattet werden,
- das bewährte Förderschulwesen auch in Zukunft erhalten bleibt,
- alle Verordnungen im Benehmen mit dem Ausschuss für Bildung und Kultur zu beraten und erst danach in Kraft zu setzen sind (das ist das weitestgehende Zugeständnis an Kooperation in unserer Demokratie, das die Exekutive an die Legislative im Rahmen der Gewaltenteilung machen kann) und dass
- die Rückumwandlung einer Gemeinschaftsschule in eine Schulform des gegliederten Schulwesens möglich ist, sofern der Schulträger, der Träger der Schulentwicklungsplanung und die Gesamtkonferenz dies beschließen.

Damit ist eine Form der „Selbstevaluation“ gegeben, die die Abkehr von einem Weg in eine Sackgasse eröffnet. Auch dies war und ist ein Kernanliegen der CDU.

Die intensive Arbeit hat sich gelohnt, lässt doch die Schulgesetznovelle den Kern des aktuellen und bewährten Schulwesens bestehen. Der Gleichbehandlung aller Schulformen wird somit ausdrücklich Rechnung getragen.

Ganz oben - Für eine Tourismuspolitik, die unseren Bürgern Stolz auf ihre Heimat vermittelt

„Ganz oben‘ lautet das neue Motto des Tourismus in Sachsen-Anhalt. Ganz oben stehen wir nicht nur auf dem höchsten Berg Norddeutschlands, dem Brocken, sondern auch bei der Entwicklung des Tourismus seit dem Regierungswechsel im Jahre 2002. Auch wenn wir uns nicht mit den klassischen Tourismusregionen wie dem Schwarzwald vergleichen können, ist unsere Entwicklung einmalig“, so Lars-Jörn Zimmer, unser tourismuspolitischer Sprecher.

Allein in den letzten 10 Jahren hat sich der Anteil der Gästeübernachtungen hierzulande nahezu verdoppelt. Sachsen-Anhalts Tourismus hat sich zu einem ernst zu nehmenden Wirtschaftsfaktor für das Land entwickelt. Mittlerweile erwirtschaften fast 45.000 Beschäftigte gut 3,8 Prozent des hiesigen Bruttoinlandsproduktes. Für die CDU-Landtagsfraktion steht daher fest, dass aus dem wirtschaftlichen Führungsanspruch innerhalb der neuen Bundesländer auch der Anspruch erwächst, den Tourismus so fortzuschreiben, dass er eine feste Größe in der weiteren Entwicklung unseres Landes darstellt.

Wir haben dazu ein umfangreiches Tourismuspapier erarbeitet, welches Sie über presse@cdufraktion.de anfordern können. Das Papier zeigt die Potenziale des Tourismus auf und setzt sich mit gewollt praktischen Erwägungen der künftigen Fortentwicklung des Tourismus auseinander. Dabei bleibt es nicht unkritisch. Festzustellen ist, dass der Tourismus in der politischen Diskussion häufig nicht über einen Nischenstatus hinaus kam. Wir haben daher die touristische

Entwicklung der zurückliegenden Jahre analysiert und daraus die Basis für künftige Schwerpunkte dieser Branche abgeleitet. Die Thesen sind kein „Wunschkonzert“. Sie orientieren sich an den finanziellen Möglichkeiten. Denn oft sind es die kleinen Dinge, die nicht viel Geld kosten, aber ein Land unverwechselbar und sympathisch machen können.

Tourismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Insbesondere bei der Imagebildung kommt ihm eine zentrale Funktion zu. Sachsen-Anhalt hat in der Vergangenheit viel in den Neubau und die Sanierung von Hotels und Pensionen, in Baudenkmale aber auch in historisch bedeutsame Altstädte investiert.

Hinzu kommt, dass das Bundesland mit seiner hervorragenden Infrastruktur und einer zentralen Lage im Herzen Europas eine sehr gute Grundlage für die Entwicklung einer produktiven Tourismusbranche schafft. Dennoch gilt es, weitere Verbesserungen anzustreben. Ein wesentlicher Faktor für uns ist, dass die Politik Rahmenbedingungen schaffen muss, welche bei allen Bürgern des Landes den Stolz auf ihre großartige Geschichte, die christlichen Traditionen und den großen Erfindergeist vermitteln. Wer zu seinem Land steht, kann auch dessen Gäste begeistern – damit diese wiederkommen und weitere mitbringen. So wird Tourismus zu einem Selbstläufer im globalen Wettbewerb.

Sachsen-Anhalts Tourismus ist eine Herausforderung für die Zukunft. In diesem Zusammenhang wird die CDU-Landtagsfraktion den künftigen Entwicklungsprozess begleiten und voranbringen.

www.cdufraktion.de

Ganz modern - Neues Design, bewährte Adresse

Seit November diesen Jahres präsentiert sich unsere Fraktion in einem neuen Online-Gewand. Unter unserer altbewährten Adresse www.cdufraktion.de findet sich eine Homepage, deren digitales äußeres Erscheinungsbild den modernen Kommunikationsmöglichkeiten angepasst wurde. Damit wird unserem Anliegen, den Kontakt und den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern verstärkt zu befördern, Rechnung getragen.

Unser neuer Internetauftritt bindet auch Social Media-Komponenten mit ein. Über Plattformen wie Facebook wollen wir noch gezielter

über die Inhalte unserer Arbeit informieren und politische Entscheidungsfindungen transparenter darstellen.

Ebenfalls in den neuen Internetauftritt ist eine interne digitale Arbeitsfläche, ein sogenanntes Intranet, eingebunden. Dieser Intranet-Bereich ist die Grundlage für den Aufbau einer modernen, papierlosen Vernetzung der Abgeordneten.

Sie sind herzlich eingeladen, uns über www.cdufraktion.de und auf Facebook besuchen zu kommen.

